

+++ GEW-Tariftelegramm +++ GEW-Tariftelegramm +++ GEW-Tariftelegramm +++ GEW-Tariftelegramm +++ G

GEW FORDERT 7 PROZENT, MINDESTENS 300 EURO MEHR FÜR LANDESBESCHÄFTIGTE

Berlin, 17. November 2025 - Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes haben heute in Berlin ihre Forderungen für die anstehende Länder-Tarifrunde beschlossen. Sie fordern eine Entgeltsteigerung um 7 Prozent, mindestens aber um 300 Euro bei einer Laufzeit von 12 Monaten. Die Entgelte für Auszubildende und Praktikant*innen sollen um 200 Euro erhöht werden.

Neben den Entgeltsteigerungen setzen die Gewerkschaften sich gemeinsam dafür ein, dass die Arbeitsbedingungen der rund 300.000 studentischen Beschäftigten endlich tariflich geregelt werden. Die GEW-Forderung, dass die seit 2019 bestehende Verhandlungszusage zur Weiterentwicklung der Lehrkräfte-Eingruppierung und Einführung der vollständigen Paralleltabelle endlich eingelöst wird, ist ebenfalls Teil des gemeinsamen Forderungsbeschlusses. Darüber hinaus erwarten die Gewerkschaften bessere Arbeitsbedingungen, u.a. durch eine Angleichung Ost an West und stufengleiche Höhergruppierungen. Für Gewerkschaftsmitglieder sollen Vorteilsregelungen geschaffen werden. Um über Verbesserungen für die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst der Länder verhandeln zu können, fordern die Gewerkschaften ein Sonderkündigungsrecht der Regelungen für diese Beschäftigtengruppe.

GEW-Tarifchefin Annett Lindner betonte: „In der Tarifrunde kommt es vor allem darauf an, gemeinsam mit den anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes eine gute Entgeltsteigerung zu erreichen. Denn auch wenn die Inflationsrate nicht mehr so hoch ist wie in den Jahren zuvor, steigen die Preise weiter. Die Beschäftigten brauchen dringend mehr Einkommen, um ihren Lebensstandard halten zu können. Als GEW gibt es uns Rückenwind, dass die Weiterentwicklung der Lehrkräfte-Entgeltordnung Teil der gemeinsamen Forderungen aller Gewerkschaften für die Tarifrunde ist.“

In der Länder-Tarifrunde geht es um rund 2,6 Millionen Beschäftigte, von denen etwa die Hälfte im Bildungsbereich, an Schulen, Hochschulen, und von den Bundesländern betriebenen Kitas arbeiten. Darunter 245.000 angestellte und 684.00 verbeamtete Lehrkräfte. Die Gewerkschaften erwarten, dass das Tarifergebnis zeit- und wirkungsgleich auf Beamt*innen und Versorgungsempfänger*innen übertragen wird.

Die Tarifverhandlungen starten am 3. Dezember 2025 in Berlin. Weitere Verhandlungsrunden sind für den 15./16. Januar und für den 11./12. Februar 2026 in Potsdam vorgesehen.

